



Zukunft in den Grenzen eines Planeten

Anforderungen an den Rio+20-Gipfel 2012

1. Die Vision: In den Grenzen eines Planeten leben und wirtschaften!

Die Menschheit lebt deutlich über ihre Verhältnisse und verbraucht bereits heute 50 % mehr an natürlichen Ressourcen als die Erde zur Verfügung stellt. Das zeigt der *Living Planet Report* des WWF. Mit wachsenden Bevölkerungszahlen, wirtschaftlicher Entwicklung und steigenden Ansprüchen nimmt auch der Bedarf an Wasser, Nahrung, Energie, Rohstoffen und Fläche ständig zu. Schon seit vielen Jahren befriedigt die Menschheit ihren Ressourcen hunger aus den „ökologischen Rücklagen“ der Natur und verbraucht immer mehr Naturkapital: der Ökologische Fußabdruck hat sich dadurch seit 1961 mehr als verdoppelt. Wirtschaftet die Menschheit auch in Zukunft nach dem Motto „weiter wie bisher“, dann benötigt sie schon im Jahr 2030 die Kapazitäten zweier Planeten und führt die Weltwirtschaft in eine ökologische, ökonomische und soziale Sackgasse. Die verheerenden Folgen für das Weltklima und die biologische Vielfalt hätten wir alle zu tragen. Das hätte nicht nur um drastische Einbußen in der Lebensqualität der Menschen zum Ergebnis, sondern auch die Vernichtung essenzieller Bedingungen für das Leben und Wirtschaften in einer globalisierten Welt.

Die Ressourcennutzung ist auf der Welt ungerecht verteilt und der Ökologische Fußabdruck sehr unterschiedlich: In den Ländern mit hohem Einkommen ist er fünf Mal so hoch wie in den Ländern mit den niedrigsten Einkommen. Deutschland liegt mit seinem Ökologischen Fußabdruck im Mittelfeld. Die negativen Folgen einer nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise und der weltweit wachsenden Nachfrage nach natürlichen Ressourcen trifft die ärmsten Länder überproportional hart, während die Industrieländer weiterhin profitieren. Zukünftige Generationen werden einer Ressourcenknappheit und einer zerstörten Umwelt gegenüberstehen, die sie nicht verursacht haben, und die absehbar zu Konflikten und politischen Instabilitäten führen werden. Angesichts der anhaltenden Armutproblematik und der wachsenden Zahl von Menschen, die morgen in Megastädten leben werden und zu versorgen sind, müssen sehr schnell nachhaltige und gerechte Entwicklungswege gefunden werden.

Rio+20 – die UN Konferenz für Nachhaltige Entwicklung 2012 (UNCSD) – stellt die Regierungschefs der Welt 20 Jahre nach dem ersten Erdgipfel vor eine neue Herausforderung: Die internationale Staatengemeinschaft muss neue messbare, ambitionierte und glaubhafte Nachhaltigkeitsziele festlegen und den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaftsweise („Green Economy“) einleiten. Nur so kann die Menschheit in Zukunft sozial gerecht, wirtschaftlich tragfähig und innerhalb der natürlichen Grenzen unseres Planeten dauerhaft versorgt werden.

Dies erfordert, dass die natürlichen Ressourcen der Welt und die Ökosystemleistungen¹, auf denen das Wohlergehen der Menschheit basiert, erhalten, effektiver genutzt und wiederhergestellt werden. Besonders die arme Bevölkerung in den Entwicklungsländern ist auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen angewiesen. Gezielte Investitionen müssen einen maßgeblichen Betrag dazu leisten, dass sie ihre Armut hinter sich lassen und ihre Rechte und Bedürfnisse nach Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen wie Energie, Wasser, Nahrung, Wohnraum, Gesundheit und Bildung sowie sozialer und politischer Teilhabe sichern können.

¹ Unter Ökosystemleistungen versteht man den Nutzen, den der Mensch aus der Natur und den Funktionen der Ökosysteme zieht. Dazu gehören neben Gütern, die von der Natur zur Verfügung gestellt werden wie Wasser, Lebensmittel, Holz, Sauerstoff etc. zum Beispiel auch die Klimaregulierung durch Wälder, die Bestäubung durch Insekten oder die Wasserfilterung.

Lösungen für das zukünftige Wirtschaften in den Grenzen eines Planeten müssen auf folgenden Prinzipien basieren:

- Das Naturkapital unserer Erde, die biologische Vielfalt und die Ökosystemleistungen sind zu erhalten bzw. wiederherzustellen und in gerechter Weise nachhaltig zu nutzen. Investitionen müssen in die langfristige Sicherung und die Neubildung von Naturkapital fließen (z.B. großflächige Waldgebiete), insbesondere in Entwicklungsländern und für ländlichen Gemeinschaften.
- Verbrauchsmuster und Produktionssysteme müssen sich an den natürlichen Grenzen unserer Erde ausrichten.
- Nicht nachhaltige Landwirtschaftssysteme sind in Agrarsysteme mit geschlossenen Nährstoffkreisläufen, guter Bodenfruchtbarkeit und hoher biologischer Vielfalt umzuwandeln.
- Für die Nahrungs-, Wasser-, Energie- und Ressourcensicherheit einer wachsenden Bevölkerung sind effektive politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Für eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung müssen positiv wirkende wirtschaftliche Anreize geschaffen und umweltschädliche Subventionen beseitigt werden.
- Effektive politisch-administrative Steuerungsprozesse müssen gefördert und eine breit angelegte Beteiligung aller Interessengruppen muss sichergestellt werden.
- Internationale und regionale Kooperationen zwischen Regierungen sowie zwischen öffentlichen und privaten Sektoren und der Zivilgesellschaft sind auszubauen.
- Mehr Investitionen in die Aus- und Fortbildung müssen getätigt und institutionelle Reformen vorangebracht werden, die den gerechten Zugang zu natürlichen Ressourcen und ihre nachhaltige Nutzung garantieren.

2. Green Economy: Mehr als ökologisch

Die bisherige Wirtschaftsweise, die auf schnelles Wachstum ausgelegt ist, hat die Nutzung natürlicher Ressourcen in immer neue Höhen getrieben. Der WWF will deshalb eine „Green Economy“ voranbringen, die den Wert von biologischer Vielfalt, Ökosystemleistungen und natürlichen Ressourcen berücksichtigt, die mit dem Naturkapital effektiv und schonend umgeht und deren Begrenztheit respektiert. Biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen sollen erhalten bleiben bzw. wiederhergestellt werden. Der

Wert des natürlichen Kapitals ist in einer echten Vollkostenrechnung, die über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinausgeht, zu berücksichtigen und in die Bilanzen von Unternehmen und Volkswirtschaften zu integrieren.

Jenseits der ökologischen Komponente einer „Green Economy“ sollen neue Arbeitsplätze und vor allem bessere Lebensbedingungen in den armen und unterentwickelten Regionen der Erde geschaffen werden. Mit Hilfe von gerechten und „grünen“ sozio-ökonomischen Modellen, Konzepten und Instrumenten könnten gleichzeitig mehrere Probleme adressiert werden: den Lebensstandard der Menschheit fördern, heutige und zukünftige Generationen mit sauberem Wasser, Energie und Nahrung versorgen und den Reichtum der Erde gerecht und innerhalb der Grenzen eines Planeten verteilen. Für diese Ziele spielen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei eine zentrale Rolle.

Der Rio+20-Gipfel muss einen neuen globalen Orientierungsrahmen für die Entwicklung einer „Green Economy“ schaffen. Der WWF fordert die Regierungen auf, sich mit diesen komplexen Zusammenhängen intensiv zu befassen und neue Lösungswege in folgenden Schlüsselbereichen zu entwickeln.

Biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen als Grundlage einer „Green Economy“

Die Basis für eine Green Economy ist der Schutz, die nachhaltige Nutzung und Wiederherstellung des Naturkapitals der Erde. Bislang sind die mangelhafte staatliche Organisation (governance), die ungerechte Verteilung und die Übernutzung des natürlichen Kapitals die Hauptursachen für Nahrungs-, Wasser- und Energieknappheit. Schutz und nachhaltige Nutzung von Ökosystemen bringt mehrere Vorteile: Wer etwa ein Waldgebiet nachhaltig bewirtschaftet, sichert nicht nur die Holznutzung von morgen, sondern auch andere Ökosystemleistungen der Wälder, z.B. als Wasser- und Kohlenstoffspeicher, als Klimaregulierer oder als Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Der Rio+20-Gipfel muss u.a. die von der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) beschlossene Strategie bis 2020 aufgreifen und den Wert von biologischer Vielfalt, Ökosystemleistungen und natürlichen Ressourcen in der Nachhaltigkeitspolitik berücksichtigen. Der Schwerpunkt muss dabei auf folgenden Aktivitäten liegen:

- Ökosysteme, die wichtige Umweltleistungen erbringen (z.B. Wald-, Feucht- und Meeresgebiete), erhalten und schützen; dies beinhaltet auch einen umfassenden Schutz des Bodens (Erosion und Kontamination) und des Wassers.
- Investitionen in die Wiederherstellung degradierter Ökosysteme und natürlicher Ressourcen, insbesondere durch die Neuanlage naturnaher Wälder.
- Regierungsprozesse für die gerechte (Um-)Verteilung und die nachhaltige Nutzung von Ökosystemen und natürlichen Ressourcen stärken und finanziell unterstützen.

Wasser-, Ernährungs- und Energiesicherheit für alle

Auf dem Umweltgipfel Rio+20 muss die internationale Staatengemeinschaft messbare, ambitionierte und glaubhafte Nachhaltigkeitsziele zur Wasser-, Ernährungs- und Energiesicherheit festlegen. Nur so kann die Menschheit innerhalb der natürlichen Grenzen unseres Planeten dauerhaft versorgt werden.

Sicherung der Wasserversorgung

Um den Bedarf der Menschheit an Wasser zu decken, gibt es – unterschiedlich auf dem Globus verteilt – zwar genug Wasser, doch verschwenderischer Umgang führt – zusätzlich zu den Folgen des Klimawandels – zu Wasserknappheiten. Um genügend Wasser in guter Qualität zur Verfügung zu stellen ohne die Ökosysteme zu zerstören, die es bereitstellen, sollen bis 2020 folgende Ziele erreicht werden:

- 20 % mehr Effizienz in der gesamten Nahrungsmittelkette, um den Wasserverbrauch zu reduzieren
- 20 % mehr Effizienz bei der Wassernutzung in der Landwirtschaft
- 20 % mehr Effizienz bei der Nutzung von Wasser für die Energieerzeugung
- 20 % mehr wiedergenutztes Wasser
- 20 % geringere Wasserverschmutzung.

Ernährungssicherung

Grundvoraussetzung für die Nahrungssicherheit aller Menschen ist es, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. Die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und einer nachhaltigen Meeres- und Binnenfischerei spielt dabei eine Schlüsselrolle. Der ökologische Fußabdruck des Landwirtschaftssektors muss drastisch sinken. Folgende Ziele müssen deshalb erreicht werden:

- Deutlich weniger Verluste und Abfälle in der Produktion und in der Verteilung von Nahrungsmitteln.
- Veränderte Ernährungsgewohnheiten hin zu einer ausgewogenen Ernährung, die in den Industrieländern mit weniger Fleisch, Fisch und Milchprodukten auskommt.
- Stärkere Unabhängigkeit der Nahrungsmittelproduktion von den Ölpreisen, mit Hilfe einer vielfältigen Produktion mit geschlossenen Nährstoffkreisläufen und ohne synthetische Düngemittel.
- Nachhaltige Methoden der Meeres- und Binnenfischerei und bessere Gesetze und deren Umsetzung sind voranzutreiben, um Überfischung zu vermeiden und rückgängig zu machen.
- Degradiertes, verlassenes oder wenig fruchtbares Land zur Ernährungs- und Ressourcensicherung wieder bewirtschaften und zielgerichtete Investitionen fördern (z.B. Aufforstungen).
- Die nachhaltige landwirtschaftliche Produktionssteigerung in Entwicklungsländern unterstützen – insbesondere bei Kleinbauern.

Sichere Energieversorgung

Freier Zugang zu Energie ist eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Das Ziel muss es deshalb sein, saubere, verlässliche und bezahlbare Energie für alle Menschen sowohl in Städten als auch in ländlichen Gebieten bereit zu stellen. Deshalb gilt es folgende Ziele zu erreichen:

- weltweit Investitionen um jährlich mindestens 35 Milliarden US-Dollar für den Ausbau erneuerbarer Energien in den Entwicklungsländern aufstocken,
- bis 2030 für alle Menschen den Zugang zu nachhaltigen, bezahlbaren und modernen Energiedienstleistungen sicherstellen

- bis 2030 nationale Aktionspläne für eine kohlenstoffarme und kohlenstofffreie Gesellschaft entwickeln und einführen
- bis 2030 die weltweite Energieintensität um 40 % reduzieren
- bis 2030 mindestens 30 % erneuerbare Energien im globalen Energiemix verwirklichen.

Bessere Rahmenbedingungen für eine Green Economy

Ökonomische Vollkostenrechnung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist gegenwärtig der Hauptindikator für Fortschritt und Wohlstand eines Landes. Dabei bleiben jedoch wichtige Aspekte unberücksichtigt: Es werden weder die ökologischen Kosten und Leistungen angerechnet und einbezogen noch der Grad des menschlichen Wohlergehens. Der WWF fordert deshalb eine ökonomische Vollkostenrechnung mit einem Indikatorensystem, das neben der reinen Wirtschaftsleistung auch soziale Aspekte sowie die Leistungsfähigkeit der Ökosysteme und das Naturkapital eines Landes mit einbezieht. Der ökologische Indikator soll jährliche Veränderungen und Ströme des natürlichen Kapitals wie Luft, Wälder, Süßwasser und biologische Vielfalt aufzeigen. Für eine Green Economy ist die ökonomische Vollkostenrechnung ein wichtiger Baustein, deren Methoden und Praktiken deshalb auf dem Rio+20-Gipfel festgelegt und zeitnah eingeführt werden müssen.

Positive Anreize

Die Staaten müssen ihre Finanz-, Regulierungs- und Gesetzgebungsinstrumente stärker im Sinne der drei Säulen der Nachhaltigkeit nutzen. Dies führt zu Transformationen und strukturellen Veränderungen in Richtung einer Green Economy. Durch positive Anreize werden u.a. neue Arbeitsplätze geschaffen, Wohlstand vermehrt und Ungleichheiten in den Gesellschaften verringert. Folgende Maßnahmen müssen deshalb umgesetzt werden:

- Alle Subventionen, die eine nachhaltige Entwicklung verhindern oder bremsen, bis 2020 abschaffen.
- Öffentliche Ausschreibungen nach den Kriterien der Nachhaltigkeit vornehmen, um den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren.
- Externe soziale und ökologische Folgekosten in das unternehmerische Handeln und Rechnungswesen integrieren.
- Steuerliche Anreize für eine nachhaltige Produktion und Beschaffung von Gütern und Rohstoffen schaffen.

Zertifizierungen für nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum

Für eine nachhaltige Entwicklung bei Produkten und im Konsum spielen Produktzertifizierungen mit Nachhaltigkeitsstandards eine Schlüsselrolle. Zertifizierungen, z.B. für Lebensmittel, Holzprodukte oder Stromerzeugung, können für Unternehmen einen positiven Anreiz bilden, nachhaltig zu produzieren und sich damit zumindest vorübergehend auch von der Konkurrenz abzuheben. Zertifizierungen geben den Konsumenten die Sicherheit, nachhaltig produzierte Waren oder Dienstleistungen zu kaufen.

Um zu einer Green Economy zu kommen, müssen Zertifizierungssysteme und -standards gestärkt und weiterentwickelt werden. Dabei muss folgendes gewährleistet sein:

- Eine Zertifizierung muss auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen.
- Alle Interessensgruppen aus den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales sind einzubeziehen.
- Zertifizierungsstandards sollen offen, transparent und nachvollziehbar sein.

3. Reform der Institutionen auf UN-Ebene

Die Institutionen und Gremien, die auf UN-Ebene über Nachhaltigkeitspolitik diskutieren und entscheiden, sind seit Jahren reformbedürftig. Das Ziel einer solchen Reform ist es, die Nachhaltigkeitsinstitutionen auf UN-Ebene zu stärken, um konsequent den Weg in eine Green Economy ebnen und verfolgen zu können. Eine solche Reform muss insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen: Transparenz, Zugang zu Informationen, öffentliche Beteiligung im Prozess der Entscheidungsfindung, Rechenschaftspflicht und Zugang zur Justiz. Der WWF setzt sich dafür ein, die Zivilgesellschaft, lokale Gemeinschaften und indigene Volksgruppen stärker zu beteiligen.

Institutionelle Stärkung der Nachhaltigkeitspolitik

Der Rio+20-Gipfel soll beschließen, einen Rat für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Council - SDC) einzurichten, der hochrangig in den existierenden UN-Strukturen für nachhaltige Entwicklung anzusiedeln ist. Ein solcher Nachhaltigkeitsrat soll die gleichberechtigte und effektive Einbindung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Säulen gewährleisten und Synergien innerhalb der UN-Einrichtungen mit Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung erzeugen.

Aufwertung des UN-Umweltprogramms (UNEP)

Die Umweltpolitik auf UN-Ebene ist auf mehrere Hundert internationale Abkommen und Vereinbarungen verteilt und dadurch extrem zersplittert. Dem Umweltprogramm UNEP (United Nations Environment Programme) fehlt die notwendige Stärke, um die Umweltpolitik gleichrangig und auf Augenhöhe mit anderen UN-Institutionen (z.B. FAO, WTO) zu vertreten. Um der Umweltpolitik im UN-System größeres Gewicht und mehr Durchschlagskraft zu verleihen, soll UNEP von einem Programm zu einer eigenständigen Umweltorganisation (UN Environmental Organisation - UNEO) aufgewertet werden, die direkt an die Generalversammlung berichtet.

UN-Verantwortung für die Hohe See

Es ist zwingend erforderlich, einen wirksamen Schutz der Meeresumwelt und der biologischen Vielfalt in Meeresgebieten jenseits nationaler Gesetzgebung (Hohe See) zu erreichen. Dazu müssen im Rahmen des Seerechtsabkommens der Vereinten Nationen notwendige Reformen der globalen Meeresverwaltung vorangetrieben werden.

Des Weiteren muss ein Fahrplan festgelegt werden, der zum Ziel hat, bis 2017 ein vollständiges und repräsentatives Netzwerk von effektiv verwalteten Meeresschutzgebieten auf der Hohen See einzurichten - einschließlich nutzungsfreier Zonen.

Als einen wichtigen ersten Schritt zur Einleitung dieser Prozesse soll der Rio+20-Gipfel die Ausrichtung einer internationalen Konferenz unter dem Dach der UN aufbeschließen.

Finanzierung der Transformation zur Green Economy

Die Umwandlung zu einer Green Economy wird sich erst mittel- oder langfristig in einem finanziellen Vorteil auszahlen und bedarf zunächst ausreichender Investitionen.

Neue innovative Finanzierungsmöglichkeiten sollen helfen, den Transformationsprozess zu finanzieren.

4. Neue Ziele für die Nachhaltigkeitspolitik

Um die neuen Herausforderungen für eine Green Economy in einen zukunftsorientierten inhaltlichen und zeitlichen Rahmen zu fassen, braucht es ein starkes und ehrgeiziges Zielsystem. Dieses soll die Millennium-Entwicklungsziele, die bis 2015 gelten, fort-schreiben.

Kolumbien und Guatemala haben einen Vorschlag unterbreitet, auf dem Rio+20-Gipfel Nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals - SDG) zu definieren. Die SDGs sollen die breite Debatte auf eine pragmatische Ebene bringen und in einem beratenden Prozess erarbeitet werden. Die Ziele müssen so formuliert werden, dass sie messbar überprüft werden können. Inhaltlich müssen die SDGs die genannten Bausteine einer Green Economy abdecken, aber auch die Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern thematisieren. Sie sollen sich außerdem schlechter Regierungsführung, unfairen Handelssystemen, der Wasser-, Ernährungs- und Energiesicherheit, dem globalen Biodiversitätsverlust und dem Klimawandel annehmen. Diese neuen Ziele müssen durch Strategien und Maßnahmenpakete untermauert werden.

Der WWF unterstützt:

- die Formulierung neuer nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals SDG),
- das Prinzip, dass die SDGs die Millennium-Entwicklungsziele ergänzen und die Umsetzung nach 2015 einen Mehrwert bringt,
- die Idee, dass alle angenommenen SDGs weltweit verbindliche Ziele setzen und gleichermaßen für die Entwicklungs- und die Industrieländer gelten sollen.

Die Verabschiedung neuer Ziele, Strategien und Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung muss ein zentrales Ergebnis des Rio+20-Gipfels sein.

Ansprechpartner:

Alois Vedder
Leiter Politik
WWF Deutschland
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin
Direkt: +49 (30) 311 777-418
E-Mail: alois.vedder@wwf.de

Günter Mitlacher
Leiter Biodiversität
WWF Deutschland
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
Direkt: +49 (0) 30 311 777 200
guenter.mitlacher@wwf.de